



ANTRÄGE ZUM POSITIONSPAPIER DER SP SCHWEIZ „WIE UNSER LAND SOLIDARISCH, FEMINISTISCH UND ÖKOLOGISCH AUS DER KRISE HERVORGEHEN KANN. EIN NEUSTART FÜR MEHR GEMEINWOHL ALS ANTWORT AUF DIE KRISE“

Antrag zum ganzen Papier

A-1: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Änderung über das ganze Papier

„unser Land“ bzw. „unseres Landes“ durch „die Schweiz“ bzw. „der Schweiz“ ersetzen.

Begründung: Die Formulierung „unser Land“ ist nationalistisch. Wir schlagen eine nüchterne Formulierung vor. Die Formulierung „unser Land“ bzw. „unseres Landes“ kommt 4x vor (Seite 1, Seite 4, Seite 5, Seite 8).

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Anträge zur Titelseite

**WIE UNSER LAND
SOLIDARISCH, FEMINISTISCH
UND ÖKOLOGISCH AUS DER
KRISE HERVORGEHEN KANN**

A-2: PS fribourgeois

Demande : Reformuler le titre

→ COMMENT EMERGER DE LA CRISE EN DEVENANT UN PAYS PLUS SOLIDAIRE, PLUS EGALITAIRE ET PLUS DURABLE.

Exposé des motifs : Le titre actuel ne correspond pas à la vision du texte allemand qui contient le "comment". De plus le terme féministe est trop réducteur le papier présentant un monde égalitaire. Le mot écologique n'est pas assez enveloppant pour parler de santé et de formation. Le terme durable doit lui être préféré.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: «Comment émerger de la crise en devenant un pays solidaire, féministe et écologique ». Die Geschäftsleitung schlägt vor, den französischsprachigen Titel wie vorgeschlagen an den deutschsprachigen Titel anzulehnen, auf die weiteren vorgeschlagenen Änderungen jedoch zu verzichten.

A-3: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Titel ändern

bisher: «Wie unser Land solidarisch, feministisch und ökologisch aus der Krise hervorgehen kann»

neu: „Wie wir solidarisch, feministisch und ökologisch aus dieser Krise kommen“

Begründung: Der ursprüngliche Vorschlag ist zu nationalistisch.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Ein Neustart für mehr Gemeinwohl als Antwort auf die Krise

A-4: PS fribourgeois

Demande : Reformuler le sous titre

→ *Un nouveau départ pour davantage de solidarité en réponse à la crise*

Exposé des motifs : La formulation du sous-titre en français est trop éloignée de la formulation en allemand. De plus le terme "bien commun" a une trop forte connotation thomiste.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Geschäftsleitung hält am Begriff des Gemeinwohls fest (auf Deutsch und Französisch). Es handelt sich um einen treffenden Begriff, der in der sozialdemokratischen Tradition verankert ist.

Die Schweiz ist gut aufgestellt, um gestärkt aus dieser globalen Krise hervorzugehen. Die nötigen Mittel dazu sind vorhanden. Die SP Schweiz schlägt darum ein Neustart-Programm vor, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Sie ist überzeugt, dass unser Land genügend Ressourcen hat, um diese Massnahmen umzusetzen und damit auch Herausforderungen anzugehen, die sich unabhängig von der Corona-Krise stellen.

A-5: Delegation SP Kanton St. Gallen

Forderung: Ergänzung Titelseite, Abschnitt unten

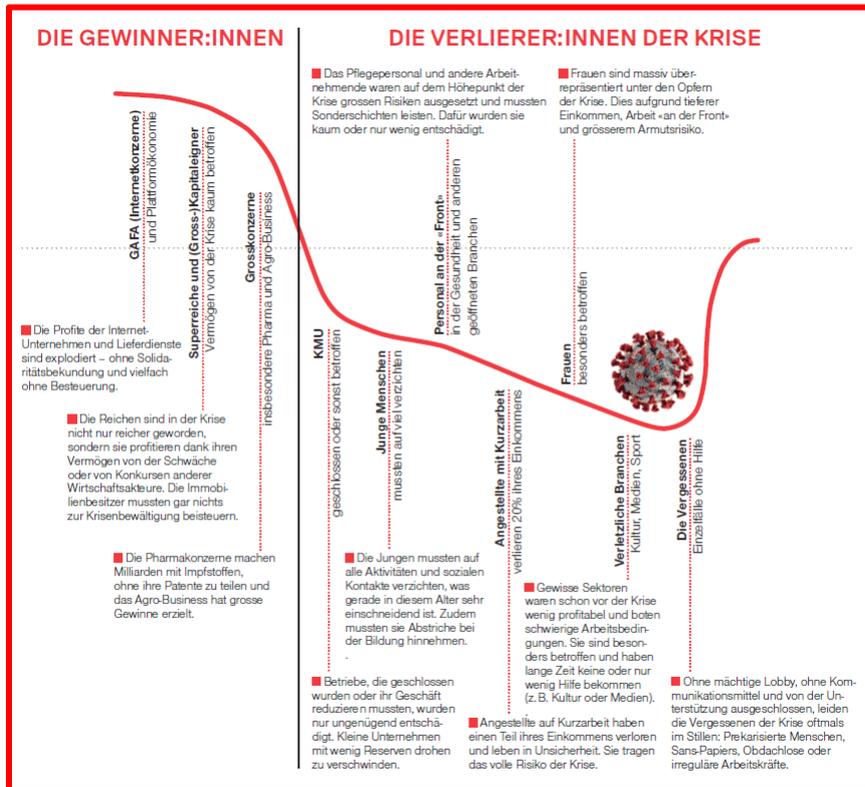
- **Aktuell:**
Die SP Schweiz schlägt darum ein Neustart-Programm vor, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.
- **Neu:**
Die SP Schweiz schlägt darum ein Neustart-Programm für alle Betroffenen der Coronakrise vor, das sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Begründung: Im Papier werden die politischen Themen der SP in den Vordergrund genommen. Das ist wichtig. Dennoch soll es nicht so wirken, als würden wir die realen Leiden der Betroffenen der Corona-Krise und der Arbeitenden bloss als Vehikel für unsere Forderungen nutzen. Mit kleinen Änderungen wollen wir die Betroffenen direkt zu Beginn noch mehr in den Fokus nehmen und die gedankliche Verbindung zur Krise stärken.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Es handelt sich um ein Neustart-Programm für die ganze Gesellschaft, nicht „nur“ für die Betroffenen. Natürlich stehen die Betroffenen in unserer Politik im Vordergrund, aber das Papier ist umfassender gedacht.

Antrag zu Kapitel 1: Die Covid-19-Krise ist hart, sie trifft aber nicht alle auf die gleiche Weise



A-6: Delegierte Ursula Funk für die SP Frauen Schweiz

Forderungen: Ergänzung in der grafischen Darstellung

Ergänzung mit der Kategorie: „ältere Menschen“ - stark von Isolation, Krankheit oder Tod betroffen

Ergänzung der Kategorie Frauen: - besonders betroffen durch ihre Arbeit, erhöhte Kinderbetreuung und andere Care-Aufgaben

Ergänzung der Kategorie: Die Vergessenen – Einzelfälle ohne Hilfe - insbesondere viele betroffene Frauen in irregulären Arbeitsverhältnissen

Begründung: Die älteren Menschen werden zwar in der Einführung erwähnt, aber in der Darstellung vergessen, das gibt ein falsches Bild der Realität. Die Frauen werden als Kategorie sowie ihre tieferen Einkommen und Arbeit an der Front werden aufgeführt, aber die Überbelastung, die sich aus Home Office mit gleichzeitiger Kinderbetreuung und anderer Care Arbeit ergeben, sind nicht erwähnt. Diese führten zu einer erheblichen Überbelastung und müssen erwähnt werden. In der Kategorie : die Vergessenen wird keine Geschlechterdifferenzierung gemacht. Die Frauen waren jedoch auch hier besonders betroffen – denken wir nur an das Reinigungspersonal oder die Prostituierten, die ihre Arbeit monatelang verloren haben ohne Kurzarbeitskompensationsmöglichkeit.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Die Geschäftsleitung schlägt vor, die Kategorie der älteren Menschen zusätzlich aufzunehmen. Die anderen beiden Ergänzungen lehnt die GL ab. Die Situation der Frauen wird bereits beschrieben, die Grafik bedingt, dass die Texte kurz bleiben. Die „Vergessenen“ müssen nicht zusätzlich ausgeführt werden, insbesondere, da Frauen und ältere Menschen ja nun bereits explizit erwähnt werden.

Anträge zu Kapitel 2: Eine solidarische und rasche Antwort auf die Krise



SYSTEMRELEVANTE LEISTUNGEN BESSER ANERKENNEN

In der Pflege, bei den Grossverteilern oder in der Transport- und Logistikbranche sind die Arbeitsbedingungen besonders hart. Die Arbeitnehmenden mussten in der Krise grosse Risiken auf sich nehmen. Diese Risiken müssen kompensiert werden. **Vor allem aber braucht es eine Aufwertung dieser systemrelevanten Berufe und bessere Arbeitsbedingungen** als Anerkennung für die grosse Arbeit, die in der Krise geleistet wurde und geleistet wird.

A-7: PS fribourgeois

Demande : compléter point 2 « Reconnaître les efforts particuliers qui ont dû être fournis »

→ De nombreuses entreprises **ou associations** ont vu leurs activités réduites ou interdites, et d'autres sont indirectement affectées par la pandémie,

Exposé des motifs : La seule référence aux entreprises n'est pas suffisante. En effet de nombreuses associations ont vu leurs activités interdites, nous pensons aux milieux culturels, sportifs ou à d'autres associations à but non lucratifs qui ne sont pas des entreprises. Il est donc important de les inclure dans une compensation des pertes.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

A-8: Delegierte Ursula Funk für die SP Frauen Schweiz

Forderung: Ergänzung im Absatz „Systemrelevante Leistungen besser anerkennen“

Ergänzung am Anfang mit: In der Pflege, in der Kinderbetreuung, im Detailhandel

Begründung: Die Kinderbetreuung und der Detailhandel wurden hier in den systemrelevanten Leistungen vergessen und sollten erwähnt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

A-9: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Änderung in Absatz „Systemrelevante Leistungen besser anerkennen“

bisher: «Vor allem aber braucht es eine Aufwertung dieser systemrelevanten Berufe und bessere Arbeitsbedingungen als Anerkennung für die grosse Arbeit, die in der Krise geleistet wurde und geleistet wird. »

neu: «Vor allem aber braucht es eine Aufwertung dieser systemrelevanten Berufe und bessere Arbeitsbedingungen als Anerkennung für die bemerkenswerte und wichtige Arbeit, die von systemrelevanten Arbeiter:innen geleistet wurde und zukünftig weiter geleistet wird.»

Begründung: Die Genannten leisten diese essentielle Arbeit schon seit Jahren und kriegten nie die finanzielle und gesellschaftliche Anerkennung, die sie dafür verdient hätten. Die aktuelle Formulierung mit Bezug auf die Krise suggeriert, dass sie nur für die Leistung in der Krise endlich Anerkennung bräuchten. Die SP steht aber klar für eine Aufwertung der genannten Arbeiten losgelöst von der Pandemie.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme, Umformulierung wie folgt: „Vor allem aber braucht es eine Aufwertung dieser systemrelevanten Berufe und bessere Arbeitsbedingungen als Anerkennung für die wichtige Arbeit, die von Menschen in systemrelevanten Berufen geleistet wurde und weiter geleistet wird.“

Begründung: Die Feststellung, dass die Arbeit in systemrelevanten Berufen schon lange geleistet wird und noch weiter geleistet werden wird, ist absolut zutreffend. Die GL schlägt eine leicht modifizierte Formulierung vor.



DIREKT ODER INDIREKT BETROFFENE UNTERNEHMEN VOLLSTÄNDIG ENTSCHÄDIGEN

Zahlreiche Unternehmen mussten ihre Aktivitäten reduzieren oder einstellen. Wie andere, indirekt betroffene Unternehmen, mussten sie trotzdem ihre Fixkosten bezahlen. Eine Konkurswelle als Folge der Krise wäre eine Katastrophe für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze und würde den Neustart massiv erschweren. Darum lieber heute entschädigen, um den Crash zu verhindern, als später ein Vielfaches bezahlen zu müssen. Von den sozialen Dramen, die damit verbunden wären, ganz zu schweigen. **Darum müssen alle Verluste entschädigt werden.**

A-10: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Änderung Titel „Direkt oder indirekt betroffene Unternehmen vollständig entschädigen“

Bisher: „Direkt oder indirekt betroffene Unternehmen vollständig entschädigen“

Neu: „Direkt oder indirekt betroffene Arbeitsplätze schützen“

Begründung: Wie auch schon im Positionspapier „BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE: GESUNDHEIT SCHÜTZEN –EXISTENZEN SICHERN“ der letzten DV klargestellt, geht es der SP bei der Unterstützung von Betrieben und Unternehmen nicht um einen Selbstzweck, sondern darum Arbeitsplätze zu schützen. Dies muss immer betont werden - auch in Titeln - um nicht die Bürgerliche Logik der armen Besitzenden zu reproduzieren, welche aktuell nicht Profite machen können. Dazu gibt es einen Folgeantrag zum anschliessenden Fliesstext.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme, Formulierung: „Arbeitsplätze sichern, Unternehmen entschädigen“.

Begründung: Die Geschäftsleitung unterstützt die Feststellung, dass die Sicherung von Arbeitsplätzen im Zentrum steht. Da diese auch über die Entschädigung von Unternehmen erreicht wird, erachtet es die GL als richtig, beides zu erwähnen.

A-11: Delegation SP Kanton St. Gallen

Forderung: umformulieren, Abschnitt Unternehmen

Neuer Text

DIREKT ODER INDIREKT BETROFFENE UNTERNEHMEN (~~VOLLSTÄNDIG~~) ENTSCHÄDIGEN

Zahlreiche Unternehmen mussten ihre Aktivitäten reduzieren oder einstellen. Wie andere, indirekt betroffene Unternehmen, mussten sie trotzdem ihre Fixkosten bezahlen. Eine Konkurswelle als Folge der Krise wäre eine Katastrophe für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze und würde den Neustart massiv erschweren. Darum lieber heute **vorbeugen**, um den Crash zu verhindern, als später ein Vielfaches bezahlen zu müssen. Von den sozialen Dramen, die damit verbunden wären, ganz zu schweigen. **Darum müssen Konkurse nachhaltig verhindert werden. Die Covid-Krise ist morgen noch nicht vorbei.**

Begründung: Es gibt durchaus Unternehmen, die während der Krise im weiten Sinne "ihre Aktivitäten reduzieren" mussten, bei denen man jedoch nicht "alle" Verluste entschädigen müsste. Dies weil diese Unternehmen eine Absicherung, Grösse und normale Profitmarge haben, bei der sie das unternehmerische Risiko und die temporären Einbussen tragen können und genug Profit machen. Mit unserem Antrag wollen wir klar machen, dass die SP die Menschen, die Betroffenen und die Arbeitenden unterstützen will, nicht alle Unternehmen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme unter Berücksichtigung der Ergänzungen von Antrag A-12.

A-12: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Änderung Abschnitt „Direkt oder indirekt betroffene Unternehmen vollständig entschädigen“

Bisher: „Zahlreiche Unternehmen mussten ihre Aktivitäten reduzieren oder einstellen. Wie andere, indirekt betroffene Unternehmen, mussten sie trotzdem ihre Fixkosten bezahlen. Eine Konkurswelle als Folge der Krise wäre eine Katastrophe für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze und würde den Neustart massiv erschweren. Darum lieber heute entschädigen, um den Crash zu verhindern, als später ein Vielfaches bezahlen zu müssen. Von den sozialen Dramen, die damit verbunden wären, ganz zu schweigen. Darum müssen alle Verluste entschädigt werden.“

Neu: „Zahlreiche Betriebe mussten ihre Aktivitäten reduzieren oder einstellen. Wie andere, indirekt betroffene Betriebe, mussten sie trotzdem ihre Fixkosten bezahlen. Eine Konkurswelle als Folge der Krise wäre eine Katastrophe für Arbeitsplätze und würde den Neustart massiv erschweren. Darum lieber heute mit einer solidarischen Finanzierung entschädigen, um den Crash zu verhindern, als diese Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Deshalb müssen die ungedeckten Fixkosten entschädigt werden.“

Begründung: Wie auch schon im Positionspapier „Bewältigung der Corona-Krise: Gesundheit schützen – Existenzen sichern“ der letzten DV klargestellt, geht es der SP bei der Unterstützung von Betrieben und Unternehmen nicht um einen Selbstzweck, sondern darum Arbeitsplätze zu schützen. Dass der Staat dabei eine starke Rolle einnehmen muss, ist klar. Die Forderung nach einer vollständigen Entschädigung der Verlust hätte aber verheerende Konsequenzen. Es würde nämlich bedeuten, dass jedes Unternehmen allfällige Verluste anmelden kann, ohne dass dabei die Fixkosten, die Gewinne der letzten Jahre und damit die Reserven, etc. beachtet werden müsste. Für gewisse Grossunternehmen, welche zwar keine Probleme haben, sich über Wasser zu halten, welche aber trotzdem Umsatzrückgänge verzeichnen können, müssten somit völlig unnötig mit Millionen entschädigt werden. Gemäss

der Formulierung aus dem letzten Positionspapier schlagen die Antragssteller*innen deshalb hier wieder das Fixkostenmodell vor.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme unter Berücksichtigung der Ergänzungen von Antrag A-11.

Der neu formulierte Absatz unter Berücksichtigung der Anträge A-11 und A-12 würde wie folgt lauten (unterstrichene Teile aus Antrag A-11): „DIREKT ODER INDIREKT BETROFFENE UNTERNEHMEN ENTSCHÄDIGEN

Zahlreiche Betriebe mussten ihre Aktivitäten reduzieren oder einstellen. Wie andere, indirekt betroffene Betriebe, mussten sie trotzdem ihre Fixkosten bezahlen. Eine Konkurswelle als Folge der Krise wäre eine Katastrophe für Arbeitsplätze und würde den Neustart massiv erschweren. Konkurse müssen nachhaltig verhindert werden, denn die Covid-Krise ist morgen noch nicht vorbei. Darum lieber heute vorbeugen und mit einer solidarischen Finanzierung entschädigen, um den Crash zu verhindern, als diese Krise auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Deshalb müssen die ungedeckten Fixkosten entschädigt werden.“

Anträge zu Kapitel 3: Ein sozialer, feministischer und ökologischer Neustart für mehr Gemeinwohl

3 EIN SOZIALER, FEMINISTISCHER UND ÖKOLOGISCHER NEUSTART FÜR MEHR GEMEINWOHL



Investieren bedeutet, jetzt einen Effort zu leisten, um später mehr zu haben. Eine solche Investition braucht es, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Folgen der Krise zu bewältigen. Aber auch, um eine Transformation in Gang zu setzen, die das Leben von uns allen verbessert. Damit unser Land stärker wird, braucht es insbesondere drei Achsen:



SOZIALE GERECHTIGKEIT

Einkommen und Vermögen müssen gerechter verteilt werden. Die Macht darf nicht konzentriert sein, die Armut muss bekämpft werden, die Demokratie gestärkt. Wir können mehr leisten, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen. Dafür stärken wir das Gemeinwohl. Die Krise hat die Menschen mit tiefen Einkommen und wenig Vermögen am härtesten getroffen. Der Neustart muss darauf abzielen, die Lebensbedingungen dieser Menschen zu verbessern.



FEMINISMUS

Die Arbeit von Frauen wird noch immer schlechter bezahlt als jene von Männern. Ein grosser Teil der nicht-bezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Es ist nötig, unsere Arbeitsverhältnisse zu verändern und die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die sich aus diskriminierenden Rollenbildern und kapitalistischer Verwertungslogik ergeben. Frauen arbeiten oft in stark von der Krise betroffenen Sektoren und haben darum häufiger ihre Stelle verloren als Männer.



KLIMASCHUTZ

Mehr Klimaschutz ist eine Notwendigkeit, erst recht aus einer langfristigen Perspektive. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt werden sehr teuer für die kommenden Generationen. Darum müssen wir jetzt unser Bewusstsein ändern und Massnahmen treffen, um die Umwelt und das Klima zu schützen. Wegen der Corona-Krise konnten Investitionen, die für den klimapolitischen Umbau des Landes nötig wären, nicht getätigt werden.

Forderung: umformulieren, ganze Seite 4

Neuer Text:

3 EIN SOZIALER, FEMINISTISCHER UND ÖKOLOGISCHER NEUSTART FÜR MEHR GEMEINWOHL

Die Krise hat uns die Stärken und Schwächen unseres Systems deutlich vor Augen geführt. Neben den unmittelbaren Massnahmen für die Menschen, welche die Krise hart getroffen hat, sind Investitionen in die Zukunft nötig. Um das Gemeinwohl auch für künftige Generationen gewährleisten zu können und die Krisensicherheit für alle Teile unserer Gesellschaft zu erhöhen braucht es jetzt einen Effort, um besonders systemrelevante Sektoren langfristig zu stärken. Eine solche Investition ist wichtig, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Folgen der Krise zu bewältigen. Aber vor allem, um eine Transformation in Gang zu setzen, die das Leben von uns allen verbessert. Diese Transformation ist gestützt auf folgenden drei Eckpfeilern:

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die Krise hat die Menschen mit tiefen Einkommen und wenig Vermögen am härtesten getroffen. Durch Kurzarbeit und Stellenstreichungen waren im letzten Jahr viele Menschen akut von Armut bedroht, während Grosskonzerne und Superreiche kaum Profiteinbussen zu befürchten hatten. Einkommen und Vermögen müssen gerechter verteilt werden. Die Macht darf nicht konzentriert sein, die Armut muss bekämpft werden, die Demokratie gestärkt. Wir können mehr leisten, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen und so das Gemeinwohl stärken. Der Neustart muss darauf abzielen, die Lebensbedingungen aller Menschen zu verbessern.

FEMINISMUS

Frauen arbeiten oft in stark von der Krise betroffenen Sektoren und haben darum im letzten Jahr häufiger ihre Stelle verloren als Männer. Die Arbeit von Frauen wird noch immer schlechter bezahlt als jene von Männern und ein Grossteil der nichtbezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Es ist nötig, unsere Arbeitsverhältnisse zu verändern und die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die sich aus diskriminierenden Rollenbildern und kapitalistischer Verwertungslogik ergeben.

KLIMASCHUTZ

Wegen der Corona-Krise wurden Investitionen, die für den klimapolitischen Umbau des Landes nötig wären, nicht getätigt. Aber mehr Klimaschutz ist eine Notwendigkeit, erst recht aus einer langfristigen Perspektive. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt werden sehr teuer für die kommenden Generationen. Darum müssen wir jetzt unser Bewusstsein ändern und Massnahmen treffen, um die Umwelt und das Klima zu schützen. Nur mit einem schnellen klimapolitischen Wandel können wir die schlimmsten Folgen der Klimakrise abschwächen, welche weitere Krisen und auch weitere Pandemien begünstigen werden.

Dazugehörend: Grafik je nach Platzbedarf des neuen Textes streichen oder verkleinern.

Begründung: Der Übergang vom krisenorientierten ersten Teil des Papiers in den visionären zweiten Teil ist etwas holprig. Wir möchten verdeutlichen, dass jetzt auf die Krise reagiert, aber auch daraus gelernt werden muss. Darum haben wir diesen Ansatz zu Beginn ausformuliert und die restlichen Textblöcke Text umgestellt, sodass der Übergang von Problemen zu nötigen Lösungen klarer ist.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme, Anpassung des einleitenden Textteils: *Die Krise hat die Schwächen unseres Systems deutlich gezeigt. Neben Sofortmassnahmen sind deshalb Investitionen in die Zukunft nötig. Systemrelevante Sektoren müssen langfristig gestärkt werden. Solche Investitionen sind wichtig, um die Wirtschaft anzukurbeln*

und die Folgen der Krise zu bewältigen. Aber auch langfristig sollen sie das Leben von uns allen verbessern. Mit den Investitionen verfolgen wir drei Ziele:

Begründung: Die Überlegungen hinter dem Antrag sind richtig, die vorgeschlagenen Texte jedoch deutlich zu lang. Wir schlagen deshalb vor, nur den einleitenden Textteil anzupassen.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Einkommen und Vermögen müssen gerechter verteilt werden. Die Macht darf nicht konzentriert sein, die Armut muss bekämpft werden, die Demokratie gestärkt. Wir können mehr leisten, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen. Dafür stärken wir das Gemeinwohl. Die Krise hat die Menschen mit tiefen Einkommen und wenig Vermögen am härtesten getroffen. Der Neustart muss darauf abzielen, die Lebensbedingungen dieser Menschen zu verbessern.

A-14: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: streichen eines Satzes im Abschnitt „Soziale Gerechtigkeit“

streichen: „Wir können mehr leisten, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen. Dafür stärken wir das Gemeinwohl.“

Begründung: Wir müssen unsere Forderungen für ein gutes Leben nicht damit rechtfertigen, dass sie nicht mehr Ressourcen in Anspruch nehmen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

FEMINISMUS

Die Arbeit von Frauen wird noch immer schlechter bezahlt als jene von Männern. Ein grosser Teil der nicht-bezahlten Arbeit wird von Frauen geleistet. Es ist nötig, unsere Arbeitsverhältnisse zu verändern und die Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die sich aus diskriminierenden Rollenbildern und kapitalistischer Verwertungslogik ergeben. Frauen arbeiten oft in stark von der Krise betroffenen Sektoren und haben darum häufiger ihre Stelle verloren als Männer.

A-15: PS fribourgeois

Demande : Remplacer les termes explicatifs des symboles

Remplacer l'en-tête « féministe » par « **solidaire** »

Exposé des motifs :

Dans cet encadré, il est question des rapports de travail et des inégalités salariales liées à ceux-ci. Cet aspect-là est certes un point central du combat féministe, mais on ne peut le réduire à la lutte contre les inégalités salariales. Il nous semble aussi que « féministe » est un terme qui n'englobe pas assez de monde, mais qu'il serait adéquat d'avoir un **terme plus inclusif** comme titre, à savoir « **solidaire** ». Ce changement permettrait de prendre en compte non seulement les femmes, mais également toutes les personnes opprimées, comme notamment les personnes homosexuelles et bien d'autres.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Einerseits geht es darum, die Situation von Frauen in den Vordergrund zu rücken. Andererseits ist gemäss Auffassung der Geschäftsleitung Feminismus auch kein Begriff, der Männer ausschliesst, sondern im Gegenteil die Befreiung aller Geschlechter anstrebt.

KLIMASCHUTZ

Mehr Klimaschutz ist eine Notwendigkeit, erst recht aus einer langfristigen Perspektive. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Zerstörung der Umwelt werden sehr teuer für die kommenden Generationen. Darum müssen wir jetzt unser Bewusstsein ändern und Massnahmen treffen, um die Umwelt und das Klima zu schützen. Wegen der Corona-Krise konnten Investitionen, die für den klimapolitischen Umbau des Landes nötig wären, nicht getätigt werden.

A-16: PS fribourgeois

Demande : Remplacer les termes explicatifs des symboles

Remplacer l'en-tête « écologique » par « **durable** »

Exposé des motifs :

Dans ce document, les mesures proposées ne remettent pas en question les mécanismes capitalistes de l'économie et de croissance basée sur la (sur)-consommation. Des propositions comme l'électrification des véhicules sont une étape transitoire utile permettant certes de diminuer la dépendance aux ressources énergétiques fossiles carbonées, mais la production des batteries selon les technologies actuelles n'est pas durable, car elle dépend des ressources minières limitées de lithium et leur recyclage n'est pas maîtrisé. Notre objectif doit être global vers une cohabitation harmonieuse et **durable** des humains avec le reste des êtres vivants de notre planète.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Der Begriff der Nachhaltigkeit umfasst verschiedene Aspekte (sozial, ökonomisch, ökologisch). Die entsprechenden Passagen im Papier beziehen sich eindeutig auf Ökologie und Klimaschutz.

A-17: Delegierte Ursula Funk für die SP Frauen Schweiz

Forderung: Änderung der Reihenfolge bei den Kapiteln Feminismus und Klimaschutz

Die Zielforderungen sollten bei den Kapiteln Feminismus und Klimaschutz an das Ende der Themen-Abschnitte verlegt werden

Begründung: Wenn die **Ziele** in der Mitte der Abschnitte sind, verlieren sie an Überzeugungskraft.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Anträge zu Kapitel 4: Sektor „Gesundheit und Care“

GESUNDHEIT UND «CARE»

Das Neustart-Programm muss jene Schwächen beheben, die durch die Corona-Krise offen gelegt wurden. Es braucht eine Aufwertung der Pflege sowie eine neue Organisation und Finanzierung unseres Gesundheitswesens. Und die Lücken in den Sozialsystemen unseres Landes müssen geschlossen werden.

Die Pflege muss **menschlicher** werden, von Spitälern über die Spitex bis zu den Altersheimen. **Die Arbeitsbedingungen, die Ressourcen und die Ausbildung müssen massiv gestärkt werden, damit der steigende Pflegebedarf bewältigt werden kann.** Das Pflegesystem muss in der Lage sein, Krisen zu bewältigen und das Personal an der Front muss entsprechend entlohnt werden, auch indem Mittel aus anderen Gesundheitsbereichen umgeleitet werden. **Die Pflege darf nicht mehr nach einer «Just-in-time»-Logik organisiert sein, wo die Ressourcen möglichst knapp gehalten werden.** Prävention und Früherkennung müssen prioritär werden, auch in der Pflege. Kurz: Die Arbeit in der Pflege muss attraktiver werden.

Wichtig sind ausserdem folgende Massnahmen:

- Die Unterstützung für pflegende Angehörige verbessern
- Die Wissensbasis im Pflegebereich verbessern und einfacher zugänglich machen
- Die Kapazitäten in Forschung und Produktion im Gesundheitswesen ausbauen
- Die Erkenntnisse und Prinzipien von «Public Health» auch in anderen Bereich anwenden, zum Beispiel im Städtebau.



Der Zugang zur Pflege und deren gerechte Finanzierung sind Grundlagen unserer Gesellschaft. Obwohl die Pflege extrem wertvoll ist, erhält sie sehr wenig Mittel und Prekarisierung ist leider eine Realität.



Die Frauen sind von den schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege besonders betroffen. Erst recht, weil sie in den höheren Hierarchiestufen und Lohnklassen untervertreten sind.



Ein leistungsfähiges Gesundheitswesen erlaubt es, die Folgen von Umwelterstörung besser zu bewältigen. Ein gutes öffentliches Gesundheitswesen und eine intakte Umwelt sind kongruente Ziele.

A-18: SP Frauen, Ronja Jansen, Nicola Siegrist

Antrag zu Kapitel: Gesundheit und Care: Gesundheit und Care als Kapitel trennen

Forderung: Gesundheit und Care als Kapitel trennen. Der Text vom ursprünglichen Kapitel Gesundheit und „Care“ hat neu den Titel Gesundheit und es wird ein neues Kapitel Care geschaffen mit folgendem Inhalt:

Während des Lockdowns wurde vielen Menschen bewusst, wie schwierig es ist, Homeoffice, Kinderbetreuung und Haushalt unter einen Hut zu bringen, merkt, dass Kinderbetreuung nicht einfach nebenbei erledigt werden kann. Sie erfordert Aufmerksamkeit, Zeit und Energie, ist also Arbeit - Care-Arbeit. Die Mehrheit aller Arbeitsstunden in der Schweiz wird unbezahlt gearbeitet (9.2 Milliarden Stunden im Jahr). Über 60 Prozent dieser Arbeit leisten Frauen. Allein in der Kinderbetreuung arbeiten Frauen 1000 Millionen Stunden unbezahlt zu Hause. Dazu kommen 4.3 Milliarden Stunden Hausarbeit. Gesamthaft hat die unbezahlte Arbeit der Frauen einen Wert von 248 Milliarden Franken im Jahr. Mehr als alle Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen. Vermehrt kommt es nicht zu einem Aufbrechen, sondern eher zu einer Zementierung der Rollenverteilung bei der Care Arbeit durch die Pandemie. Dazu kommt, dass in der aktuellen Situation verständlicherweise viele Menschen ängstlich, unsicher, nervös und einsam sind. Sich in diesen Zeiten umeinander zu kümmern (= to care) ist ein wichtiger Teil von Care-Arbeit. All diese Arbeit wurde vor der Corona-Krise überwiegend von Frauen geleistet und wird es wohl auch jetzt noch.

Während den ersten Monaten gab es grosse Lücken bei vielen KITAS in der Finanzierung. Es braucht Investitionen in den Care-Sektor. Der Bund muss für ein flächendeckendes, qualitativ hochstehendes Angebot an externer Kinderbetreuung sorgen. Deshalb braucht es in der Zukunft einen Systemwandel: familienergänzende Betreuung gehört zum Service Public und muss von der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

Forderungen:

Gute Löhne und Arbeitsbedingungen in «typischen Frauenberufen», also im Gesundheitswesen, im Detailhandel und in der Kinderbetreuung. Ohne diese Berufe würde unsere Gesellschaft zusammenbrechen. Das muss sich endlich in den Löhnen und Arbeitsbedingungen niederschlagen.

Es braucht eine Arbeitszeitverkürzung. So können unbezahlte Care-Arbeit und Erwerbsarbeit besser verteilt werden.

Soziale Gerechtigkeit: Externe Kinderbetreuung gehört zur Bildung/Erziehung! Sie muss genau wie die Schule staatlich organisiert und für Familien kostenlos zugänglich sein. Das ist nicht zuletzt auch wichtig für die Chancengleichheit. Weder Gesellschaft noch Wirtschaft würden ohne Kitas funktionieren. Trotzdem sind sie chronisch unterfinanziert. Schluss damit!

Feminismus: Es braucht ein feministisches Konjunkturprogramm, das bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit ins Zentrum stellt. Wenn der Staat nun Geld investiert, um die Wirtschaft anzukurbeln, müssen diese Investitionen zwingend in den Care-Bereich fließen. Das führt auch zu einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Klima: Bei der Care Arbeit steht der Mensch im Zentrum, so wird nicht mehr produziert als es braucht. Damit ist Care Arbeit klimaschonend und eine Care Gesellschaft klimagerecht.

Begründung:

In dieser Krise haben wir gemerkt, dass unsere Gesellschaft ohne die klassischen „Frauenberufe“ nicht funktioniert. 92% aller Kinderbetreuer*innen, zwei Drittel der 300'000 Detailhandelsangestellten und ebenso viele Beschäftigte in Apotheken (2/3 von ca. 20'000) in der Schweiz sind Frauen. Das steht jedoch in krassem Widerspruch zu ihrem Lohn: Im Detailhandel beträgt der durchschnittliche Mindestlohn 3'932.- CHF bei 41h/Woche und 5 Wochen Ferien. Eine Kinderbetreuerin verdient ca. 4'100.- CHF. Ein Investmentbanker kann hingegen schnell über 15'000.- verdienen. Dazu kommen noch hohe Boni. Das ist sehr viel Geld für etwas, das wir eigentlich nicht brauchen.

Während des Lockdowns wurde vielen Menschen bewusst, wie schwierig es ist, Homeoffice, Kinderbetreuung und Haushalt unter einen Hut zu bringen, merkt, dass Kinderbetreuung nicht einfach nebenbei erledigt werden kann. Sie erfordert Aufmerksamkeit, Zeit und Energie, ist also Arbeit - Care-Arbeit. Es ist eine offene Frage, wie sich die Geschlechterverteilung dieser unbezahlten Care-Arbeit während der Corona Krise verändert. Dazu stellen wir zwei Thesen zu Konstellationen zur Diskussion, von welchen auszugehen ist und die wohl besonders häufig vorkommen und Frauen besonders benachteiligen. Belastbares Datenmaterial dazu fehlt jedoch und sollte unbedingt erhoben werden. Frauen in systemrelevanten Berufen haben Partner, die ebenfalls noch physisch zur Arbeit erscheinen müssen. Das Szenario, dass die Frau weiterhin arbeitet und neu der Mann grösstenteils für die Care-Arbeit zuständig ist, ist deshalb vermutlich eine Minderheit. Darum ist unbezahlte Care-Arbeit systemrelevant.

Externe Kinderbetreuung - dazu zählen wir hier neben Kitas auch Schulen - sind elementar. Wie oben beschrieben ist Kinderbetreuung nichts, was nebenherläuft, sondern eine anspruchsvolle Aufgabe. Corona zeigt: Wir bauen auf die unbezahlte Arbeit von Müttern und Grossmüttern und schlecht bezahlten Kinderbetreuerinnen. Das Betreuungssystem in der Schweiz ist miserabel und geht davon aus, dass die Arbeit von Frauen eine unendliche Ressource ist.

Frauen sind von den wirtschaftlichen Auswirkungen besonders betroffen. Die temporären Schliessungen von nicht lebensnotwendigen Geschäften trifft besonders Menschen, die in Tieflohnbranchen arbeiten: Gastronomie, Hotellerie, Reinigung, Detailhandel (ausserhalb

von Lebensmitteln), Coiffeursalons und andere persönliche Dienstleistungen wie Kosmetik, Nagelstudios etc. Hier sind Frauen ebenfalls übermässig vertreten. Besonders stark betroffen sind auch Sexarbeiter*innen. Ihre oft ohnehin schon prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen verschärfen sich zusätzlich. Sie haben oft kaum finanzielle Rücklagen und sind nicht sozialversichert. Entsprechend fallen sie durch alle Maschen. Das ist besonders gravierend für Frauen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, die momentan nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. Ein idealer Nährboden für Gewalt und Ausbeutung.

Die letzten Konjunkturprogramme, die im Rahmen der Finanzkrise 2008 verabschiedet wurden, haben v.a. Männerarbeitsplätze gerettet. Gleichzeitig führen die ausbleibenden Steuereinnahmen zu einer weiteren Privatisierung und Abbauwelle im Care-Sektor. Frauen tragen die Last der Krise also gleich doppelt: Sie verlieren nicht nur ihre Jobs, sondern müssen auch die Güter und Dienstleistungen ersetzen, die nicht mehr auf dem Markt gekauft werden können bzw. vom Staat aufgrund von Budgetkonsolidierungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Zwölf Jahre nach der Finanzkrise müssen wir sagen: Diese Form der Konjunkturprogramme führt uns in eine andere Krise - in eine Care-Krise. Und diese Krise kostet gerade Menschenleben.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Es handelt sich hier nicht um ein Positionspapier zu Care-Arbeit, sondern um ein kurzes, pointiertes Papier zum sozialen, feministischen und ökologischen Ausstieg aus der aktuellen Krise. Das Papier fordert ausserdem gezielt eine Stärkung systemrelevanter Bereiche, in denen vielfach Frauen tätig sind. Unser Konjunkturprogramm ist also kein Investitionsprogramm für „Männerarbeitsplätze“, sondern ein Impulsprogramm für alle. Die Geschäftsleitung weist darauf hin, dass sich geplante Corona-Positionspapier für den Parteitag vom 28. August schwerpunktmässig den Themen Soziale Sicherheit, Gesundheit und Care gewidmet sein wird.

A-19: Ursula Funk für die SP Frauen Schweiz

Forderung: Dieses Kapitel sollte **fünf statt nur vier Sektoren** enthalten in denen prioritär investiert werden muss. Insbesondere sollte der erste Sektor in zwei aufgeteilt werden:

Der Sektor Gesundheit und der Sektor Care werden separat erstellt. Die Begründungen dazu werden separat entwickelt.

Die Begründung für den Sektor Gesundheit ist gut entwickelt.

Die Begründung für den Sektor Care in seiner vollständigen Bedeutung mit Kinder-, Familien, Verwandtenbetreuung etc. sollte als zusätzlicher Sektor vervollständigt werden. Die gratis oder wenigstens starke Verbesserung der ungenügenden Kinderbetreuung und die generelle Förderung von gratis Tagesschulen auf nationalem Niveau muss gefordert sowie andere essentielle Elemente sollten im Abschnitt Care dargelegt werden.

Begründung: Im ersten Sektor Gesundheit und „Care“ werden vor allem Gesundheits- und Pflegeanliegen dargestellt. Care ist sehr ungenügend dargestellt. Die zwei Themen zu vereinen macht nur in einem begrenzten Mass Sinn und nur wenn beide Themen gleichwertig dargestellt werden, was nicht der Fall ist. Die Begründung für den Sektor Care ist ungenügend und muss noch ergänzt werden. Die SP Frauen Schweiz sind bereit dabei mitzuhelfen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Siehe dazu die Begründung von A-18.

Die Pflege muss **menschlicher** werden, von Spitälern über die Spitex bis zu den Altersheimen. **Die Arbeitsbedingungen, die Ressourcen und die Ausbildung müssen massiv gestärkt werden, damit der steigende Pflegebedarf bewältigt werden kann.** Das Pflegesystem muss in der Lage sein, Krisen zu bewältigen und das Personal an der Front muss entsprechend entlohnt werden, auch indem Mittel aus anderen Gesundheitsbereichen umgeleitet werden. **Die Pflege darf nicht mehr nach einer «Just-in-time»-Logik organisiert sein, wo die Ressourcen möglichst knapp gehalten werden.** Prävention und Früherkennung müssen prioritär werden, auch in der Pflege. Kurz: Die Arbeit in der Pflege muss attraktiver werden.

A-20: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Änderung in Fliesstext, Abschnitt 2

alt: „Die Pflege muss menschlicher werden, von Spitälern über die Spitex bis zu den Altersheimen.“

neu: „Gesundheitsversorgung ist eine öffentliche Aufgabe. Die SP lehnt deshalb jegliche Privatisierungsschritte im Gesundheitswesen ab. Sie kämpft dafür, die Gesundheitsversorgung (wieder) in den öffentlichen Sektor zu integrieren, von Spitälern über die Spitex bis zu den Altersheimen“

Begründung: Zum einen gehört in dieses Papier die Forderung nach einem komplett öffentlichen Gesundheitssystem als Grundvoraussetzung für ein gute Versorgung. Zum anderen ist die Forderung nach einer „menschlichen Pflege“ sehr diffus.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme für den ersten Satz im 2. Abschnitt: „Gesundheitsversorgung ist eine öffentliche Aufgabe, von Spitälern über die Spitex bis zu Alters- und Pflegeheimen.“

Begründung: Die GL ist auch der Ansicht, dass der ursprüngliche Satz zu diffus formuliert ist, und dass die Forderung nach einem öffentlichen Gesundheitswesen für die SP zentral ist. Die Folgesätze sind jedoch zu ausführlich und sprengen den Rahmen des bewusst kurz angelegten Papiers.

A-21: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: streichen Teilsatz in Fliesstext, Abschnitt 2

Streichen: „auch indem Mittel aus anderen Gesundheitsbereichen umgeleitet werden.“

Begründung: Es wird im Papier nicht weiter erläutert, aus welchen anderen Gesundheitsbereichen diese Gelder umgeleitet werden sollen. Es wirkt deshalb ein bisschen so, als würden einzelne Bereiche des Gesundheitssystems gegen andere ausgespielt, was nicht im Sinne einer linken Gesundheitspolitik wäre. Das Papier verliert nichts, wenn der Halbsatz gestrichen wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Anträge zu Kapitel 4: Sektor „Lebenslange Bildung“

LEBENSLANGE BILDUNG

Die Covid-Krise wird die Schwachstellen im Bereich Umschulung und Weiterbildung noch verstärken und Personen ohne vollständige Ausbildung werden noch mehr Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben.

Bildung ist eine der lohnendsten Investitionen, die der Staat machen kann. Heute jedoch gibt es zahlreiche Lücken. **Der Bund muss einen breit angelegten Plan für Aus- und Weiterbildung auflegen – und zwar für alle Menschen, jung bis alt.** Das reicht vom Zugang zu frühkindlicher Förderung bis zum Eintritt ins Berufsleben, niemand darf in unserem Bildungssystem durch die Maschen fallen. Während des Berufslebens soll jeder und jede ein Anrecht auf Weiterbildung oder Umschulung haben. Und schliesslich soll Bildung nicht mit der Pensionierung enden. Wichtig: Die Kosten für Weiterbildung und Umschulung müssen aufgeteilt werden, auch Unternehmen müssen sich beteiligen.

A-22: SP60+ Heinz Gilomen

Forderung: Ergänzung beim Sektor „Lebenslange Bildung“

.... niemand darf in unserem Bildungssystem durch die Maschen fallen. **Und das Bildungswesen muss aufhören, die Produktion und Reproduktion der sozialen Ungleichheit als wichtigste Aufgabe wahrzunehmen. Selektion und Zertifizierung sind weitgehend abzuschaffen.** Während des Berufslebens

Begründung: Gegenwärtig ist die wichtigste Funktion von Bildung die Produktion sozialer Ungleichheit. Mithilfe von Instrumenten der Selektion und der Zertifizierung werden zugunsten der Gesellschaft – vorwiegend der Ökonomie – Signale für die Besetzung sozialer Positionen produziert. Das ist zu stoppen. Bildung hat ohne Wenn und Aber zum Abbau – und nicht zum Erhalt oder gar Ausbau sozialer Ungleichheit entscheidend beizutragen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme. Einfügung von zwei Sätzen nach „... durch die Maschen fallen“. „Das aktuelle Bildungssystem zementiert vielfach soziale Ungleichheit. Selektion und Zertifizierung stehen zu stark im Vordergrund und sind zu reduzieren. Während des Berufslebens...“

Begründung: Es ist richtig, dass Bildung soziale Ungleichheit produziert und reproduziert. Dass dies aber die „wichtigste Funktion von Bildung“ sei, ist vereinfachend und in dieser Absolutheit nicht zutreffend.

A-23: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Ergänzung in Fliesstext

Nach „Während des Berufslebens soll jeder und jede ein Anrecht auf Weiterbildung oder Umschulung haben.“

Einfügen: „Auch Lehrstellen und weitere nicht-tertiäre Bildung müssen dabei unbedingt gestärkt werden, denn diese erhält häufig weniger Aufmerksamkeit.“

Begründung: Um explizit darauf aufmerksam zu machen, dass wir nicht nur tertiäre Aus- und Weiterbildungen forcieren wollen, ergibt ein ergänzender Satz Sinn.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme. Einfügen des Satzes „Damit sind explizit auch nicht-tertiäre Ausbildungen gemeint.“

Begründung: Die Feststellung der Antragstellenden ist korrekt, die vorgeschlagene Formulierung jedoch zu ausführlich.

A-24: Delegation SP Kanton St. Gallen

Forderung: ergänzen, Abschnitt 2

Neu:

Während des Berufslebens soll jeder und jede ein Anrecht auf Weiterbildung oder Umschulung haben. Fremdsprachige sollen flächendeckend im ganzen Land Zugang zu Sprachkursen in der entsprechenden Landessprache haben.

Begründung: Sprachkurse werden heute nicht flächendeckend angeboten und wenn, dann oft so teuer, dass sie nicht von der Zielgruppe besucht werden können. Ebenfalls gehören sie zu den ersten Angeboten, die bei Sparpaketen und Abbaumassnahmen angegriffen werden. Dadurch sind sie besonders nach der Krise in Gefahr.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.



Wenn das allgemeine Bildungsniveau steigt, so erhöht das die Einsicht in eine Notwendigkeit der ökologischen Transformation unserer Gesellschaft.

A-25: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Änderung Text unten rechts

bisher: “Wenn das allgemeine Bildungsniveau steigt, so erhöht das die Einsicht in eine Notwendigkeit der ökologischen Transformation unserer Gesellschaft.”

neu: “Im Zuge des notwendigen Umbaus der Wirtschaft braucht es gute und zugängliche Umschulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten für diejenigen, welche heute im fossilen Sektor arbeiten.”

Begründung: Wenn die Logik der bisherigen Formulierung bis zum Schluss durchgedacht wird, dann würde es heissen, dass weniger gebildete Menschen der ökologischen Transformation im Wege stünden. Das ist eine gefährliche Logik und deshalb schlagen wir einen alternativen Fokus vor, nämlich die vom Strukturwandel betroffenen Lohnabhängigen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Anträge zu Kapitel 4: Sektor „Schutz der Umwelt und Klimagerechtigkeit“

SCHUTZ DER UMWELT UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Die Corona-Krise hat die Gefahr der Klimaerhitzung nicht zum Verschwinden gebracht. Es gibt nach wie vor einen riesigen Investitionsbedarf im Bereich Klima und Nachhaltigkeit.

Der Bund muss ein massives Programm lancieren, um **Gebäude klimatisch und energetisch zu sanieren**. Damit verbunden braucht es eine finanziell gesicherte Garantie, dass **Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen**.

Wichtig sind ausserdem folgende Massnahmen:

- Die nicht benötigten Covid-Bürgschaften bis zum Platfond von 40 Milliarden für Projekte einsetzen, die zur Erreichung der Pariser Klimaziele beitragen (Forschung, Industrie, Fahrzeugflotte)
- Die Geschwindigkeit vervierfachen mit der Fotovoltaik und andere erneuerbare Energien ausgebaut werden
- Die Fahrzeugflotte rasch elektrifizieren und ein Netz von Ladestationen aufbauen
- Gemeinden unterstützen, die Fernwärmenetze aufbauen
- Den Finanzsektor neu ausrichten in Richtung klimapolitische und soziale Ziele, öffentliche Gelder in die Entwicklung erneuerbarer Technologien investieren, Forschungsprogramme im Bereich Klimapolitik ausbauen, die sozialen Folgen der Umweltpolitik untersuchen
- In die Transformation des Tourismus investieren, um diesen nachhaltiger und wirtschaftlich solider zu machen

A-26: Delegation SP Kanton St. Gallen

Forderung: umformulieren, Fliesstext und Forderungen

- Aktuell:
Der Bund muss ein massives Programm lancieren, **um Gebäude klimatisch und energetisch zu sanieren. Damit verbunden braucht es eine finanziell gesicherte Garantie, dass Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen.**
- Neu:
Der Bund muss ein massives Programm lancieren, um die wichtigsten Verursacher der Klimaerwärmung zu beeinflussen:
 1. Gebäude klimatisch und energetisch sanieren. Damit verbunden braucht es eine finanziell gesicherte Garantie, dass Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen.
 2. Den Verkehr umstrukturieren mit rascher Elektrifizierung und Aufbau eines Netzes von Ladestationen.
 3. Die Landwirtschaft verändern durch Umstellung auf pflanzliche Produkte und Beendigung der Tierprodukte-Herstellung.
- Dazugehörend: Forderung rechts streichen: "Die Fahrzeugflotte rasch elektrifizieren und ein Netz von Ladestationen aufbauen" (da sie neu im Fliesstext links wäre)

Begründung: Insgesamt sind im Klimateil des Papiers 7 Schadensfaktoren für das Klima aufgezählt, aber ausgerechnet einer der stärksten Klimaschädling fehlt und wird nicht einmal bei den Massnahmen rechts erwähnt: die Tierprodukte-Herstellung. Diese ist heute einer der wesentlichen Verursacher der Klimaerhitzung, welche über die massive Subventionierung der Tierprodukte durch Steuergelder weiter vorangetrieben wird. Die SP darf keine Angst davor haben, auch den Faktor des offiziell viel zu hohen Fleischkonsums in der Schweiz ehrlich anzusprechen und langfristige Lösungen zu fordern – angefangen zum Beispiel mit der Höhe und Verteilung der Subventionen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme. Hinzufügung folgender Sätze nach den zwei einleitenden Absätzen: „Der restliche Verkehr muss rasch elektrifiziert werden, dazu braucht es ein Netz von Ladestationen. Die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, dazu gehört auch eine Reduktion tierischer Produkte.“ Der Satz zum Verkehr ist dafür in der rechten Spalte zu streichen.

Begründung: Die GL teilt die Überlegungen der Antragstellenden. Die vorgeschlagenen Formulierungen sind jedoch für das vorliegende Kurzpapier zu ausführlich.

A-27: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: ändern (und streichen) Fliesstext

bisher: „Die Corona-Krise hat die Gefahr der Klimaerhitzung nicht zum Verschwinden gebracht. Es gibt nach wie vor einen riesigen Investitionsbedarf im Bereich Klima und Nachhaltigkeit.“

Der Bund muss ein massives Programm lancieren, um Gebäude klimatisch und energetisch zu sanieren. Damit verbunden braucht es eine finanziell gesicherte Garantie, dass Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen.“

neu: „Die Corona-Krise hat die Klimaerhitzung nicht gestoppt, nur vorübergehend verlangsamt. Sie hat aber eines gezeigt: nur wenn wir die Art zu Wirtschaften und Leben grundsätzlich ändern, schaffen wir es, die Klimakrise zu stoppen. Dafür braucht es jetzt Investitionen.“

Der Bund muss dafür ein massives Programm lancieren, um Gebäude klimatisch und energetisch zu sanieren. Damit verbunden muss sichergestellt werden, dass Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen.

Der Öffentliche Verkehr muss sowohl in seiner Frequenz als auch der Erschliessung von ländlichen Gebieten ausgebaut und als wichtiger Teil des Service Public finanziell zugänglicher gemacht werden. Es braucht jetzt mehr Geld für sichere und ausgebaute Veloinfrastruktur. Der verbleibende Individualverkehr soll elektrifiziert und durch ein breites Netz an Ladestationen im öffentlichen Raum ergänzt werden.

Der Finanzsektor muss ausserdem seine Investitionen neu in Richtung der klimapolitischen und sozialen Ziele ausrichten. Die öffentliche Hand muss hier lenkend eingreifen.“

Dafür können die Punkte zu „Fahrzeugflotte und Finanzplatz“ aus der Box rechts gestrichen werden.

Begründung: Das Kapitel zu Umwelt und Klima fällt gegenüber den anderen Kapiteln im Umfang ab. Dabei wäre es genau bei der Klimakrise notwendig, sofort und grundlegend zu handeln. In die Analyse gehört deshalb, dass die Coronakrise das Problem nicht gelöst hat, im Gegenteil. Anschliessend führen die Antragssteller*innen drei konkrete Bereiche für Investitionen auf. Die Mobilität wurde abgeändert, so dass nicht nur die Elektrifizierung der Autoflotte vorangetrieben werden soll, sondern dass unser Fokus dort weiterhin auf dem ÖV und dem Velo liegt und nur der Restverkehr elektrifiziert werden soll. Dem Finanzsektor soll aufgrund seiner Relevanz im Text eine grössere Wichtigkeit zukommen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme. Im Fliesstext ist ein Satz einzufügen (vor den zusätzlichen Sätzen gemäss A-27): „Der öffentliche Verkehr muss stark ausgebaut werden, in den Zentren ebenso wie in ländlichen Gebieten.“ Ausserdem ist der erste Absatz des Fliesstextes links durch den Formulierungsvorschlag der JUSO zu ersetzen: „Die Corona-Krise hat die Klimaerhitzung nicht gestoppt, nur vorübergehend verlangsamt. Sie hat aber eines gezeigt: Nur wenn wir die Art und Weise, wie wir wirtschaften und leben, grundsätzlich ändern, schaffen wir es, die Klimakrise zu stoppen. Dafür braucht es jetzt Investitionen.“

Begründung: Siehe auch modifizierte Annahme von A-26. Der vorgeschlagene Text ist zu detailliert und zu lang.

Der komplette Fliesstext links würde nach der modifizierten Annahme von A-26 und A-27 wie folgt lauten:

„Die Corona-Krise hat die Klimaerhitzung nicht gestoppt, nur vorübergehend verlangsamt. Sie hat aber eines gezeigt: Nur wenn wir die Art und Weise, wie wir wirtschaften und leben, grundsätzlich ändern, schaffen wir es, die Klimakrise zu stoppen. Dafür braucht es jetzt Investitionen.

Der Bund muss ein massives Programm lancieren, um Gebäude klimatisch und energetisch zu sanieren. Damit verbunden braucht es finanzielle Garantien, damit Mieten und Nebenkosten nach der Sanierung nicht steigen.

Der öffentliche Verkehr muss stark ausgebaut werden, in den Zentren ebenso wie in ländlichen Gebieten. Der restliche Verkehr muss rasch elektrifiziert werden, dazu braucht es ein Netz von Ladestationen. Die Landwirtschaft muss ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, dazu gehört auch eine Reduktion tierischer Produkte.“

Anträge zu Kapitel 4: Sektor „Infrastruktur und Technologie“

INFRASTRUKTUR UND TECHNOLOGIE

A-28: PS fribourgeois

***Demande :** reformuler le titre*

→ NOUVELLES TECHNOLOGIES ET INFRASTRUCTURES AU SERVICE DE LA COLLECTIVITE

***Exposé des motifs :** Le terme "bien commun" a une forte connotation religieuse depuis Thomas d'Aquin. Il n'est pas approprié pour parler de "toutes et tous".*

***Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.*

***Begründung:** Siehe dazu die Begründung zur Ablehnung von A-4.*

Anträge zu Kapitel 4: Einfügen eines zusätzlichen Sektors

A-29: SP60+, Heinz Gilomen

***Forderung:** Zusätzlichen Sektor einfügen*

Die Kaufkraft der kleinen Einkommen stärken!

Die ins Stottern geratene Wirtschaft wieder anzukurbeln und im Dienste der Lebensqualität für Alle auszurichten ist eine grosse Aufgabe. Es genügt sicher nicht, einfach die Angebotsseite zu unterstützen. Neben den sinnvollen infrastrukturellen und ökologischen Investitionen kommt vielmehr der Stärkung der Kaufkraft – und damit der Nachfrage – eine zentrale Rolle zu. Wirtschaft funktioniert nur, wenn eine Kundschaft die angebotenen Produkte und Dienstleistungen auch kauft.

Dabei stehen die kleinen Einkommen im Vordergrund, da sie effektiv für die Ankurbelung der Wirtschaft verwendet werden und nicht zu mehr oder weniger grossen Teilen in den Finanzblasen verschwinden.

Wichtigste Massnahme ist die Anhebung aller Löhne bis zum Medianlohn um 15%. Ebenso sollen IV- und Altersrenten unter CHF 4'000 sowie die Sozialhilfe-Beiträge um 15% angehoben werden. Gleichzeitig sind nationale Mindestlöhne von 70% des Medianlohnes (= aktuell ca. CHF 4'600) zu fixieren bzw. anzuheben. Schliesslich ist die Allgemeinverbindlich-Erklärung von GAVs wesentlich auszudehnen.

Soziale Gerechtigkeit

Personen mit kleinen Einkommen, ungünstigen Wohnverhältnissen und prekären Arbeitssituationen waren von der Pandemie besonders betroffen und mussten sich vielfach besonders engagieren. Es ist an der Zeit, die Einkommensschere wieder etwas zu schliessen und damit die Wirtschaft zu stärken.

Feminismus

Doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten unter der Tieflohngrenze. Frauen haben auch vielfach nur magere Altersrenten. Eine Anhebung ihrer Einkommen ist eine zentrale Massnahme zur Anhebung von Lebensqualität in Nach-Corona-Zeiten.

Klimaschutz

Haushalte mit kleinem Einkommen haben oft nicht die Mittel, sich Geräte und Infrastrukturen mit höherem ökologischem Standard zu leisten, Mietzinserhöhungen auf Grund von Gebäudesanierungen zu bezahlen oder die Verteuerung der Mobilität zu tragen. Stärkung der Kaufkraft heisst deshalb nicht nur Stärkung der gesamtheitlichen Energieeffizienz und Umweltbilanz, sondern auch Stärkung der politischen Akzeptanz von Umweltmassnahmen.

Begründung: Wenn wir «die Lebensbedingungen der Menschen, welche die Krise besonders hart getroffen hat, verbessern» (Seite 2) und dabei die soziale Gerechtigkeit, den Feminismus und die Ökologie betonen wollen, ist eine substantielle ökonomische Besserstellung der kleinen Einkommen unabdingbar.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Papier präsentiert ein Investitionsprogramm zum Ausstieg aus der aktuellen Krise und zur sozialen, feministischen und ökologischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Damit trägt es langfristig auch zur Stärkung der Kaufkraft bei. Die kurzfristige Stärkung der Kaufkraft, wie vom Antragsteller gefordert, ist jedoch nicht in diesem Papier zu behandeln. Die SP Schweiz setzt sich täglich in den Parlamenten und ausserhalb für Erhalt und Stärkung der Kaufkraft von Menschen mit weniger Geld und von Betroffenen der Krise ein.

Anträge zu Kapitel 5: Drei Finanzquellen, von denen jede alleine ausreichend wäre

DREI FINANZQUELLEN, VON DENEN JEDE ALLEINE AUSREICHEND WÄRE

Der Schweizer Bundeshaushalt steht finanziell sehr gesund da: Jedes Jahr schreibt der Bund strukturelle Überschüsse, die Nationalbank schüttet jährlich mehrere Milliarden aus und zudem kann sich der Bund zu Negativzinsen verschulden. Das heisst, dass neue Schulden das Land nicht nur nichts kosten, die Schweiz verdient über lange Sicht sogar noch daran. Der Bund erwartet Sonderausgaben von rund 45 Milliarden Franken, um die Folgen der Krise zu kompensieren. Dazu kommen rund 10 Milliarden Franken, um die Lücken in den bestehenden Hilfen zu decken.

Wenige Länder haben einen grösseren finanziellen Spielraum als die Schweiz. Es gibt diverse Optionen für die Finanzierung und ein sehr ambitionierter Investitionsplan ist realistisch. Und selbst dann bleibt genügend Geld, um andere grosse Projekte wie zum Beispiel die AHV-Reform zu finanzieren. Ein **Investitionsvolumen von 60 Milliarden Franken** in den vier prioritären Sektoren ist absolut machbar und entspricht immer noch weniger als 10% des jährlichen BIP. **Wobei diese Investitionen genau genommen gar keine Ausgaben sind: Was heute investiert wird, ist der Mehrwert – gesellschaftlich wie finanziell – von morgen.**

A-30: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Ergänzung im Fliesstext Abschnitt 2

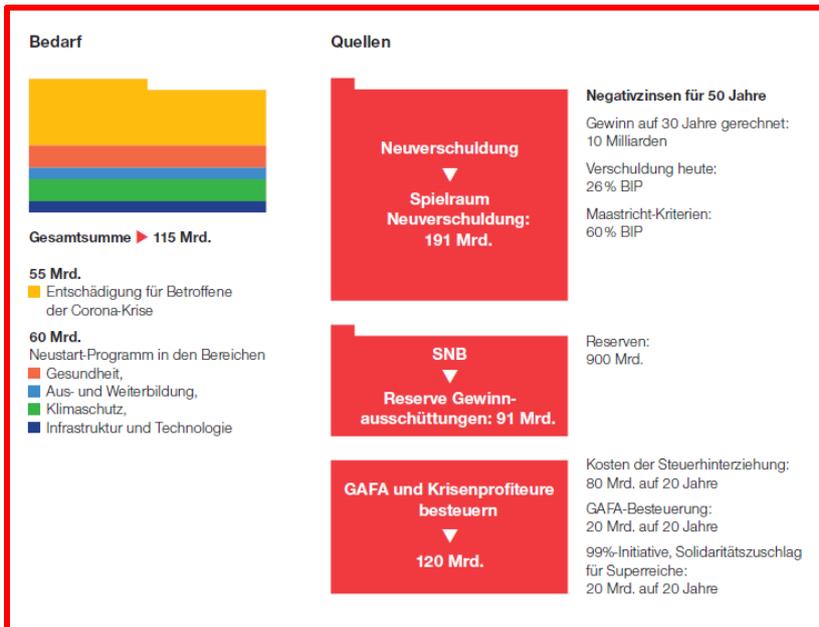
Bisher: "Und selbst dann bleibt genügend Geld, um andere grosse Projekte wie zum Beispiel die AHV-Reform zu finanzieren."

Anschliessend hinzufügen: "Das Ziel muss jedoch weiterhin sein, die zusätzlichen Ausgaben durch neue Einnahmen zu decken, insbesondere durch eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen und grossen Vermögen."

Begründung: Das Investitionspaket von 60 Milliarden kann tatsächlich durch alle vorgeschlagenen Finanzierungsmöglichkeiten gedeckt werden. Dennoch ist anzustreben, dass dafür Kapital(-einkommen) und grosse Vermögen stärker besteuert werden. Dies soll im Einführungstext betont werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme. Folgenden Passus hinzufügen: „Die SP wird sich auch langfristig dafür einsetzen, dass die Refinanzierung der Schuldenlast nicht auf dem Buckel der Arbeitseinkommen geschieht. Die aktuelle Vermögens- und Einkommensungleichheit ist ökonomisch wie politisch unhaltbar. Langfristig bleibt es deshalb für die SP das Ziel, den Anteil der Finanzierung der Staatsausgaben durch eine stärkere Besteuerung von grossen Vermögen und hohe Kapitaleinkommen zu erhöhen.“

Begründung: Die SP unterscheidet klar zwischen zusätzlichen Schulden, die problemlos stehen gelassen werden können, und zusätzlichen Finanzmittel, die für zukünftige Investitionen nötig sein werden. Selbstverständlich setzt sich die SP Schweiz auch weiterhin für Krisensteuern ein und für die „Tilgung der Staatsschulden durch die Besitzenden“, wie dies SP und Gewerkschaften bereits 1918 im Landesstreik gefordert hatten.



A-31: SP Frauen, Ronja Jansen, Nicola Siegrist

Forderung: Hinzufügen eines Konjunkturpakets im Care Sektor

In unserem anderen Antrag fordern wir ein Konjunkturpaket für den Care Sektor. Deshalb muss hier das Bedarfs Volumen um 5 Milliarden aufgestockt werden und in der Darstellung ein Investitionspaket für den Care Sektor von fünf Milliarden hinzugefügt werden.

Begründung:

Die letzten Konjunkturprogramme, die im Rahmen der Finanzkrise 2008 verabschiedet wurden, haben v.a. Männerarbeitsplätze gerettet. Gleichzeitig führen die ausbleibenden Steuereinnahmen zu einer weiteren Privatisierung und Abbauwelle im Care-Sektor. Frauen tragen die Last der Krise also gleich doppelt: Sie verlieren nicht nur ihre Jobs, sondern müssen auch die Güter und Dienstleistungen ersetzen, die nicht mehr auf dem Markt gekauft werden können bzw. vom Staat aufgrund von Budgetkonsolidierungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Zwölf Jahre nach der Finanzkrise müssen wir sagen: Diese Form der Konjunkturprogramme führt uns in eine andere Krise - in eine Care-Krise. Und diese Krise kostet gerade Menschenleben.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung. Siehe die Begründung zu A-18.

A-32: Delegierte Ursula Funk für SP Frauen Schweiz

Forderung: Mit Finanztransaktionssteuern als Finanzquelle ergänzen

→ Auch die Einführung einer zusätzlichen Finanztransaktionssteuer bietet eine gute Finanzierungsoption und sollte als weitere Möglichkeit weiter verfolgt werden.

Begründung: Es werden täglich Millionen bis Milliardenbeträge von Wohlhabenden an der Börse gehandelt. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist keine signifikante Belastung für sie, würde aber Mittel für den Bund und die Unterstützung von Benachteiligten freigeben.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

A-33: Nicola Siegrist (Geschäftsleitung SPS), Ronja Jansen (Präsidium SPS), Muriel Günter (Geschäftsleitung SPS), Julia Baumgartner (JUSO), Anna Miotto (JUSO), Fabio Oberle (JUSO), Darius Boozarjomehri (JUSO), Mayra Faccio (JUSO), Joel Jansen (JUSO), Salma Selle (JUSO), Cybel Dickson (JUSO)

Forderung: Ergänzung in Grafik unten rechts

Neu: "99%-Initiative, Solidaritätszuschlag für Superreiche: **mindestens** 20 Mrd. auf 20 Jahre"

Begründung: Die 99%-Initiative würde zu jährlichen Mehreinnahmen von 5 – 10 Milliarden führen. Die Zahl von „20 Mrd. auf 20 Jahre“ ist widersprüchlich zu den Einschätzungen der Initiant*innen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.